



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreistag

Es informiert Sie:	Charlotte Delahaye
Telefon:	02104/99-1224
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	charlotte.delahaye@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 15.03.2016

Niederschrift

zur Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin Donnerstag, den 10.03.2016, 16:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Eleonore Altvater bis TOP 13, 17:59 Uhr

Ina Besche-Krastl

Jens Bosbach

Ernst Buddenberg

Jürgen Bullert bis TOP 13, 17:59 Uhr

Torsten Cleve

Harald Degner

Wolfgang Diedrich

Monika Dinkelmann

Detlef Ehlert

Ria Angelika Garcia Rodriguez

Harald Giebels ab TOP 1, 16:03 Uhr

Karl-Heinz Göbel bis TOP 12, 18:21 Uhr

Felix Gorris

Alexandra Gräber

Ursula Greve-Tegeler

Brigitte Hagling

Martina Hannewald

Thomas Hoffmann

Gabriele Hruschka

Rainer Hübinger bis TOP 12, 18:29 Uhr

Dr. Bernhard Ibold

Ingmar Janssen
 Marc Kammann
 Birgit Kirschke bis TOP 12, 18:26 Uhr
 Marion Klaus
 Ursula Klützke
 Max Kompalik
 Rainer Köster
 Martina Köster-Flashar
 Rolf Kramer
 Manfred Krick ab TOP 13, 17:25 Uhr
 Ilona Kuchler
 Thomas Küppers
 Nils Lessing
 Gerd Lungen
 Waldemar Madeia
 Annette Mick-Teubler
 Bernd Müller
 Klaus Müller
 Volker Münchow
 Marianne Münnich
 Jens Niklaus
 Reinhard Ockel
 Gottfried Ottweiler
 Dr. Anna-Tina Pannes
 Anja Prüßmeier
 Maximilian Rech
 Dieter Roeloffs
 Klaus Rohde
 Helmut Rohden
 Carola Rotert
 Michael Ruppert ab TOP 1, 16:05 Uhr
 Prof. Dr. Franz-Viktor Salomon-vom Stein
 Sybille Schettgen
 Rainer Schlottmann
 Günter Schmickler
 Stephan Schnitzler
 Norbert Schreier
 Andreas Seidler
 Paul Söhnchen
 Dr. Norbert J. Stapper ab TOP 5, 16:28 Uhr
 Margret Stolz bis TOP 13, 17:51 Uhr
 Udo Switalski
 Elke Thiele
 Peter Thomas
 Hartmut Toska
 Christine Trube
 Dietmar Viehöver
 Ewald Vielhaus
 Klaus-Dieter Völker
 Dietmar Weiß
 Axel C. Welp
 Peter Werner

Verwaltung
 Harald Beier
 Denise Brauer
 Lothar Breitsprecher
 Charlotte Delahaye

10. Errichtung des Beruflichen Gymnasiums im Fachbereich Gestaltung am Berufskolleg Neandertal zum Schuljahr 2016/17 40/001/2016
11. Nachträge
- Konzeption für die Vergabe von Stipendien 40/010/2016
- 11.1. hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG-ME vom 03.03.2016
- Aufruf der "Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat - gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt" 50/004/2016
- 11.2. hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 03.03.2016
- Umlage des Landschaftsverbandes Rheinland 20/005/2016
- 11.3. hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2016

Nicht öffentlicher Teil

12. Informationen der Verwaltung
13. RWE - Aktuelle Entwicklungen
14. Aufstellung der Nebeneinnahmen des Landrates im Jahr 2015 gemäß § 53 Landesbeamtengesetz 10/010/2016
15. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Es folgt die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit (KA Schneider, KA Schulte, KA Wladarz, KA Tondorf, KA Degner, KA Dr. Stapper, KA Schettgen fehlen entschuldigt) und der Beschlussfähigkeit. Allen erkrankten Mitgliedern wünscht er im Namen des Kreistages baldige Genesung.

Er erinnert daran, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil um die Punkte

- 11.1 Konzeption für die Vergabe von Stipendien
hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG-ME vom 03.03.2016
- 11.2 Aufruf der „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 03.03.2016
- 11.3 Umlage des Landschaftsverbandes Rheinland
hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2016

erweitert wurde.

Landrat Hendele teilt den Mitgliedern des Kreistages mit, dass entgegen der vorherigen Erklärung im Kreisausschuss vom 03.03.2016, Herr Frorath seinen Vortrag zur aktuellen Kriminalstatistik halten werde. Am 09.03.2016 seien die Daten der polizeilichen Kriminalstatistik durch das Ministerium für Inneres und Kommunales im Rahmen einer Presseerklärung veröffentlicht worden, sodass sie nicht mehr einer Sperre unterliegen und vielmehr bekannt gegeben werden dürfen. In diesem Sinne sei der Tagesordnungspunkt 5 nicht nur als „Lagebild Einbrüche im Kreis Mettmann“ - wie es im Tagesordnungspunkt heiße - zu verstehen, sondern vielmehr handele es sich bei dem Vortrag um die Darstellung der „gesamten Kriminalstatistik 2015“.

Aufgrund des nahen Sachzusammenhanges schlägt Landrat Hendele vor, die zum Kreispolizeibeirat gestellten Anträge der Fraktion CDU „Bekämpfung der Einbruchskriminalität im Kreis Mettmann“ (Anlage 1) und der Fraktion UWG-ME „Einbruchsradar im Kreis Mettmann“ (Anlage 2) in dieser Sitzung zu beraten. Der Kreistag stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Schließlich teilt Landrat Hendele mit, dass der Kreispolizeibeirat am 14.03.2016 aufgrund der hier nun stattfindenden Themenbehandlung abgesagt wird.

Auf Vorschlag von Landrat Hendele wird Tagesordnungspunkt 13 „RWE – Aktuelle Entwicklungen“ vor Tagesordnungspunkt 12 „Information der Verwaltung“ gestellt.

Der Kreistag stellt die Tagesordnung inklusive der Änderungen fest.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass an den Plätzen

- ein Antrag der Fraktion CDU „Bekämpfung der Einbruchskriminalität im Kreis Mettmann“ und ein Antrag der Fraktion UWG-ME „Einbruchsradar im Kreis Mettmann“ zu TOP 5
- ein Umbesetzungsvorschlag zu TOP 6 „Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien“
- die Ergänzungsvorlage zu TOP 8 „öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Mettmann und der Stadt Wülfrath über die Durchführung von Aufgaben zur Vergabe öffentlicher Aufträge“
- eine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (TOP 11.3) und die Antwort der Verwaltung
- die Niederschrift des Kreisausschusses vom 03.03.2016 – allerdings nur für die Kreistagsmitglieder, die die Dokumente in Papierform erhalten –

ausliegen.

Ebenfalls liegen an den Plätzen die neuen Broschüren „neanderland – Unterkünfte“ und „neanderland – für Entdecker“ und der neue Flyer zum neanderland STEIG aus.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.12.2015

Landrat Hendele macht auf einen fehlerhaften Wortlaut in der Niederschrift über die Kreistagssitzung vom 21.12.2015 aufmerksam. Unter TOP 16 muss der Beschlussvorschlag zur Aufstellung des Landesentwicklungsplans NRW – zweites Beteiligungsverfahren – heißen:

„Die Verwaltung wird beauftrag, im Rahmen des zweiten Beteiligungsverfahrens zum neuen Landesentwicklungsplan (LEP) möglichst gemeinsam mit den Partnern der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Stadt Düsseldorf – Kreis Mettmann – Rhein-Kreis Neuss eine Anregung vorzubringen, nach der im LEP den Regionalplanungsbehörden aufgegeben wird, bei den Bedarfsberechnungen für Wohnraum **erstrangig im Innenbereich den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu berücksichtigen**, unter besonderer Beachtung des regional- und lokalspezifischen Zuzugs von Menschen aus Krisenländern.

Anschließend wird die Niederschrift (mit der oben genannten Änderung) einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3:	Informationen der Verwaltung
--------------------	-------------------------------------

- entfällt -

Zu Punkt 4:	Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW
--------------------	---

- entfällt -

Zu Punkt 5:	Lagebild Einbrüche im Kreis Mettmann hier: Bericht des Abteilungsleiters Polizei, Herrn LPD Manfred Frorath
--------------------	--

Landrat Hendele begrüßt Herrn LPD Manfred Frorath, Abteilungsleiter Polizei, anlässlich des Vortrages zur Kriminalstatistik 2015. Er bedankt sich für die flexible Zusammenarbeit, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die polizeilichen Daten durch das Ministerium für Inneres und Kommunales nun doch sehr kurzfristig vor dem Kreistagtermin bekanntgegeben worden sind.

Landrat Hendele teilt den Kreistagmitgliedern mit, dass 2015 die Straftaten im Kreisgebiet um 974 Delikte und damit 2,91 % gesunken seien. Dies sei eine erfreuliche Entwicklung, zumal zeitgleich im Land NRW insgesamt etwa 1 % mehr Straftaten angefallen seien.

Die Kriminalitätshäufigkeitszahl der Kreispolizeibehörde Mettmann liege bei gesunkenen Fallzahlen bei nun 6.801 (2014 bei 7.021; 2013 bei 6.864).

Allerdings sei im Bereich des Wohnungseinbruchs nach dem deutlichen Rückgang im Jahr 2014 im vergangenen Jahr ein Anstieg von 420 Fällen zu verzeichnen. Dies seien beinahe 33 % mehr Wohnungseinbrüche als noch ein Jahr zuvor.

Landrat Hendele betont, dass die polizeilichen Daten bestätigen, dass kein Zusammenhang von begangenen Straftaten mit der Aufnahme von Flüchtlingen bestehe. Vielmehr könne solch ein Kausalzusammenhang anhand der Zahlen konkret verneint werden. Die begangenen Straftaten werden durch ein anderes Täterbild erfüllt.

Zum Inhalt des Vortrages von Herrn LPD Frorath wird auf die der Niederschrift beigelegten Folien verwiesen (Anlage 3). Zu Beginn des Vortrages erläutert Herr LPD Frorath, dass die Kriminalitätshäufigkeitszahl keine absolute Zahl sei. Es handelt sich hierbei um Angaben pro 100.000 Einwohner. Herr LPD Frorath betont, dass der Kampf gegen den Wohnungseinbruch höchste Priorität habe, insbesondere da ein deutlicher Anstieg dieser Straftaten zu verzeichnen sei. Allerdings weist Herr LPD Frorath darauf hin, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche in 2015 stark durch das Auftreten von organisierten, bundesweit operierenden Banden bestimmt worden sei. Eine albanische Bande konnte in Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium Essen zerschlagen werden. Im Zusammenhang zur Wohnungseinbruchskriminalität teilt Herr LPD Frorath mit, dass die Aufklärungsquote – trotz eines Rückganges – bei immer noch guten 17,72 % und damit knapp 4 % über dem Landesdurchschnitt läge. Im Bereich der Tatabklärung und der Spurensicherung verzeichne der Kreis Spitzenenergebnisse.

Auf die Frage von KA Völker erklärt Herr LPD Frorath, dass nicht mit neuem Polizeipersonal für den Kreis Mettmann gerechnet werden dürfe, da der Kreis nicht als „Brennpunktbehörde“

eingestuft sei. Ein Erlass über die Einrichtung von insgesamt 500 weiteren Stellen in NRW sei noch nicht in Kraft gesetzt worden. Das Personal solle einerseits durch ausgebildete Kräfte und andererseits durch die Möglichkeit zur Verlängerung der Arbeitszeit um ein weiteres Jahr gewonnen werden.

KA KÜchler fragt, ob eine Änderung der Vorgehensweise bei der Straftatbegehung zu verzeichnen sei, wie beispielsweise ein erhöhter Gewalteininsatz. Herr LPD Frorath erklärt, dass eine solche Änderung nicht zu erkennen sei.

Bezugnehmend auf den Hinweis von KA Niklaus, dass ein Pilotprojekt des LKA in den Städten Köln und Duisburg zur Vorhersage von zukünftigen Straftaten unter Auswertung begangener Taten bestehe, teilt Herr LPD Frorath mit, dass die Ergebnisse der Pilotprojekte abzuwarten seien und im Anschluss entschieden werden müsse, ob für den Kreis eine ausreichende Datenbasis vorliege zur eigenen Nutzung der Software.

KA Besche-Krastl fragt, ob eine Dunkelziffer hinsichtlich begangener Sexualdelikte zu benennen sei. Herr LPD Frorath verneint dies.

KA Lessing erkundigt sich nach den Ergebnissen der Prävention von Straftaten aufgrund des Einsatzes eines Einbruchs-Radars. Herr LPD Frorath teilt mit, dass noch keine Ergebnisse vorliegen, da der Einbruchs-Radar erst im Jahr 2015 gestartet sei.

Schließlich erklärt Landrat Hendele die Anträge der Fraktion CDU und der Fraktion UWG-ME aufgrund der vorliegenden Tatsachenlage für obsolet, da der Innenminister am Vortag die landesweite Einführung des Einbruchs-Radars ab Mitte April bekannt gegeben hat. Der Kreistag stimmt dem Verzicht auf die Beratung über die Anträge zu.

Zu Punkt 6: Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien - Vorlage Nr. 01/004/2016

Herr Pastor Daniel Schilling wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für Herr Msgr. Ulrich Hennes in den Ausschuss für Schule und Sport gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Landrat Hendele hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Zu Punkt 7: Umsetzungsbericht des Frauenförderplans der Kreisverwaltung Mettmann für die Jahre von 2012 bis 2015 - Vorlage Nr. 01/002/2016
--

Auf Nachfrage von KA KÜchler zum Inhalt des Umsetzungsberichts geht Frau Jeschke auf folgende Fragestellungen ein:

Unter Rubrik „Fortbildung“ werde aufgeführt, dass hausinterne Seminare nur vormittags stattfanden, um so auch den Teilzeitbeschäftigten eine Teilnahme zu ermöglichen. KA KÜchler möchte gerne wissen, seit wann so verfahren wird und wie sich dies konkret auf die Zahl der Teilnehmer/-innen ausgewirkt habe.

Frau Jeschke erläutert, dass sich der Umsetzungsbericht auf den Zeitraum 2012 – 2015 beziehe. In diesem Zeitraum wurden alle Seminare vormittags angeboten. Da die Seminare stets

in kürzester Zeit ausgebucht waren, ließe sich nicht ermitteln, wie sich diese Terminanpassung auf die Zahl der Teilnehmenden ausgewirkt habe.

In der Rubrik „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ werde von unterschiedlichen Modellen (Halbtagsstätigkeit, geringfügige Beschäftigung...) berichtet. KA Kückler fragt, in welchen Bereichen Mitarbeiter/-innen einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen; Wie viele Mitarbeiter/-innen, die vorher Vollzeit bzw. Halbtags gearbeitet haben, wollten von sich aus diesen Arbeitsvertrag in eine geringfügige Beschäftigung umwandeln?

Hierzu gibt Frau Jeschke an, dass es bei der Kreisverwaltung vier geringfügig beschäftigte Personen gebe, darunter ein Pensionär, der während des Ruhestandes in seinem alten Aufgabengebiet aushilft. Die drei anderen geringfügig beschäftigten Personen seien direkt mit diesem Arbeitsmodell eingestellt worden, sie hatten vorher keinen anderen Arbeitsvertrag bei der Kreisverwaltung. Diese Personen sind in folgenden Bereichen tätig: im Wohnverbund für behinderte Menschen in Ratingen, als Spülkraft im Amt für Verbraucherschutz und im Archiv. Ab April wird eine Kantinenkraft nach ihrem Renteneintritt als geringfügig Beschäftigte weiterhin in ihrem alten Arbeitsgebiet tätig sein.

Die Anzahl der geringfügig Beschäftigten sei äußerst minimal (weniger als 1 % der Gesamtzahl der Beschäftigten), da die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung bei der Kreisverwaltung sehr umfangreich und flexibel seien. Allein im Bereich der Teilzeitbeschäftigung gebe es derzeit ca. 300 hinterlegte Arbeitszeitmuster, die Anzahl der wöchentlichen Arbeitsstunden bei Teilzeitkräften reiche dabei von 10 Std/W. bis zu 38,5 Std./Woche.

Schließlich geht KA Kückler auf die Angabe im Bericht ein, dass die Verwaltung gezielt Ursachenforschung betreiben werde, um den geringen Anteil an Frauen in Führungspositionen beseitigen zu können. KA Kückler weist auf bestehende Analysen und Handlungsempfehlungen hin. Unter anderem sei eine Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und des Institutes zur Zukunft der Arbeit zu dem Ergebnis gekommen, dass Frauen bei einem anonymisierten Bewerbungsverfahren im Vergleich zu herkömmlichen Verfahren tendenziell bessere Chancen haben. An der Studie haben sich neben Unternehmen auch Verwaltungen beteiligt. Mit dem Verfahren der anonymisierten Bewerbungen sei nun eine Methode erprobt worden, die tatsächlich gleiche Chancen ermöglicht und Pauschalurteilen keinen Raum lasse. Zudem sei der Beweis erbracht worden, dass solche Verfahren weder zu aufwändig noch zu schwer umsetzbar seien. KA Kückler erkundigt sich, ob sich der Kreis gezielt mit dieser oder anderen Studien, die dieses Thema zum Inhalt haben, befasse und in Erwägung gezogen habe, dieses anonymisierte Bewerbungsverfahren anzuwenden.

Frau Jeschke erwidert, dass der Frauenanteil der Gesamtbeschäftigtenzahl seit Jahren fast gleichbleibend ca. 65 % betrage, so dass hier kein Handlungsbedarf gesehen werde, die bestehenden Bewerbungsverfahren zu ändern. Der Anteil an Frauen in Führungspositionen sei nach wie vor sehr gering. Führungspositionen werden jedoch vorrangig intern ausgeschrieben und besetzt. Ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren bei internen Bewerbungen erscheine kaum sinnvoll und zielführend. Zudem sei festzustellen, dass der geringe Anteil an Frauen in Führungspositionen nicht daher rührt, dass Frauen im Bewerbungsverfahren benachteiligt werden, sondern dass sich zu wenige Frauen überhaupt bewerben. Die möglichen Ursachen hierfür müssen noch eruiert werden.

Schließlich berichtet sie, dass von den beiden letzten Führungspositionen, die extern ausgeschrieben waren, eine mit einer Frau (Amtsleitung Sozialamt) und eine mit einem Mann (Abteilungsleitung „Hochbau und Bauunterhaltung“ des Liegenschaftsamtes) besetzt wurde. Für die Abteilungsleitung im Liegenschaftsamtes hatte sich neben vielen Männern lediglich eine einzige Frau beworben, die jedoch die geforderten Voraussetzungen nicht erfüllte und daher nicht zu den Vorstellungsgesprächen eingeladen werden konnte.

Der Umsetzungsbericht des Frauenförderplans der Kreisverwaltung Mettmann für die Jahre von 2012 bis 2015 wird zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 8: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Mettmann und der Stadt Wülfrath über die Durchführung von Aufgaben zur Vergabe öffentlicher Aufträge
- Vorlage Nr. 10/009/2016/1**

Landrat Hendele erläutert den Inhalt der Ergänzungsvorlage.

Es wird abgestimmt über folgenden

Beschluss:

Dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 9: Jugendliche mit geistigem Förderbedarf am Berufskolleg Neandertal
- Unbefristete Fortführung der "Arbeitsmarktqualifikation in der sonderpädagogischen Fördergruppe" über den Bildungsgang AQIS
- Vorlage Nr. 40/047/2016**

KA Mick-Teubler erläutert als Berichterstatterin die Hintergründe der Vorlage sowie das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport.

Schließlich erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, die als Bildungsgang am Berufskolleg Neandertal errichtete und von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigte Maßnahme „Arbeitsmarktqualifikation in der sonderpädagogischen Fördergruppe (AQIS)“ unbefristet fortzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 10: Errichtung des Beruflichen Gymnasiums im Fachbereich Gestaltung am Berufskolleg Neandertal zum Schuljahr 2016/17
- Vorlage Nr. 40/001/2016**

KA Mick-Teubler erläutert als Berichterstatterin die Hintergründe der Vorlage sowie das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport.

Es folgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, am Berufskolleg Neandertal den Bildungsgang „Berufliches Gymnasium“ in der Fachrichtung Gestaltung zum Beginn des Schuljahres 2016/17 einzügig zu errichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 11: Nachträge

Zu Punkt 11.1: Konzeption für die Vergabe von Stipendien hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und UWG- ME vom 03.03.2016 - Vorlage Nr. 40/010/2016

KA Völker erläutert den Inhalt des gemeinsamen Antrages.

KA Köster-Flashar und KA Kuchler begrüßen den Inhalt, sie bitten um eine konkrete Ausarbeitung der Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zum Erhalt eines Stipendiums.

Landrat Hendele sagt zu, dass mittels eines engen Dialoges mit den Leitern der Berufskollegs die Bedingungen aufgestellt werden. Hinsichtlich des weiteren Verfahrens weist er auf die üblichen Beratungen im Fachausschuss, Kreisausschuss und Kreistag hin.

KA Ruppert und KA Völker betonen, dass Ziel des Antrages sei, den Grundstein zur Erstellung eines Förderprogrammes zu legen. Es sei selbstverständlich, dass die Voraussetzungen seitens der Verwaltung ausgearbeitet werden müssen.

Frau Hasse sichert eine Ausarbeitung der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zum Erhalt eines Stipendiums zu. Zudem werde sie prüfen, mit welchen Kosten zu rechnen sei unter Berücksichtigung der Haushaltsplanung 2017. Ziel sei, mit dem Programm zum Beginn des Schuljahres 2017/2018 zu starten.

Es wird über folgenden Antrag abgestimmt:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzeption für die Vergabe von Stipendien an Absolventen der Berufskollegs zu entwickeln. Darin sind Aussagen zu Anzahl der Stipendien, der Förderhöhe und Förderdauer aufzunehmen. Die hierzu erforderlichen Haushaltsmittel ab dem Haushaltsjahr 2017 sind zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 11.2: Aufruf der "Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat - gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt" hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 03.03.2016 - Vorlage Nr. 50/004/2016
--

KA Köster erläutert den Hintergrund des Antrages. Er führt aus, dass im Hinblick auf die aktuelle Lage im Land, wo vermehrt fremdenfeindliche Übergriffe und rassistische Hetze stattfinden, ein Zeichen gesetzt werden müsse. Der Antrag richte sich gezielt an den Kreistag als ein demokratisch gewähltes repräsentatives Organ.

KA Besche-Krastl bittet um Rücknahme des Antrages, damit dieser erneut interfraktionell in den Kreistag eingebracht werden könne.

KA Janssen erwidert hierzu, dass eine Abstimmung im Kreistag genüge. Danach sei ersichtlich, welche Fraktionen sich dem Aufruf anschließen möchten.

KA Völker befürwortet den Antrag, allerdings bezweifelt er, dass eine „Umsetzung auf regionaler und lokaler Ebene“, wie es im Antrag hieße, mangels Ressourcen und aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten möglich sei.

KA Küchler erklärt, dass es ihr nicht auf diesen Satz ankomme. Sie möchte vielmehr ein Zeichen nach außen setzen.

Auf Nachfrage von KA Völker, ob der Anschluss an die Allianz eine Auswirkung auf den Stellenplan habe, erwidert KA Küchler, dass diese Bedenken unbegründet seien. Ziel des Antrages sei allein eine ideelle Auslegung, welche keinen Stellenmehrbedarf hervorrufe.

KA K. Müller befürwortet den Antrag. Er betont, dass anlässlich der aktuellen Stimmung im Land „Flagge gezeigt“ werden müsse.

KA Küppers schließt sich den Äußerung von KA K. Müller an.

Landrat Hendele weist erneut auf die problematische Handlungsvorgabe zur regionalen und lokalen Umsetzung hin. Er sehe keine Möglichkeit zur tatsächlichen Realisierung und Einhaltung einer solchen Zusage. Sei der Antrag als ein „*persönlicher Anschluss*“ zu verstehen, könne er eine Zustimmung befürworten. Hinsichtlich einer anderen Interpretation sehe er keinen Raum.

Der Kreistag stimmt einer ideellen Auslegung zu.

KA Ottweiler hält den Aufruf für nicht notwendig, vielmehr sei es eine Selbstverständlichkeit die genannten Werte der Allianz einzuhalten. Eine Zustimmung des Antrages werte er als bloße Symbolpolitik.

KA Völker erwidert, dass mit Blick auf die aktuellen Lage und Stimmung im Land nicht mehr von einer Selbstverständlichkeit bestimmter Werte ausgegangen werden könne.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden Antrag:

Der Kreistag des Kreises Mettmann schließt sich dem Aufruf der „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ an und unterstützt seine Umsetzung auf regionaler und lokaler Ebene.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

eine Enthaltung (parteiloses Einzelmitglied)

eine Nichtteilnahme (Einzelmitglied der AfD)

<p>Zu Punkt 11.3: Umlage des Landschaftsverbandes Rheinland hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2016 - Vorlage Nr. 20/005/2016</p>
--

KA Dr. Ibold erkundigt sich nach dem abschließenden Genehmigungsverfahren der Haushaltsaufstellung des LVR und fragt, ob eine Einflussnahme auf das Verfahren noch möglich sei.

Herr Richter erklärt, dass die abschließende Entscheidungskompetenz der Landschaftsversammlung obliege, welche am 15.03.2016 stattfinde. Eine Einflussnahme sei nur noch durch Erreichung einer politischen Mehrheit möglich.

Bezugnehmend auf die ausgelegte Antwort der Verwaltung (Anlage 4) erläutert Herr Richter, dass er sich gewünscht hätte, seitens des Landschaftsverbandes Rheinland deutlichere Sparbemühungen wahrzunehmen.

Der Kreistag nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Vor Einstieg in die Beratungen des nicht-öffentlichen Teils stellt Landrat Hendele die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Charlotte Delahaye